



1 18866 Kyritz

16949 Putlitz

AD
SIA
EBA
COW

K 6820 in Richtung Stadtzentrum

Kyritz, 15.06.21

L13/L10 OD Reetz

Sehr geehrter Herr Reker,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Stellungnahme zum genannten Vorhaben, deren Erhalt ich hiermit bestätige. Die angeführten Punkte kommentiert der Landesbetrieb Straßenwesen wie folgt:

Absatz 1
keine Anmerkungen

Absatz 2

Die 7 zusätzlichen Parkplätze stellen nur eine Option dar. Für die weitere Planung ist zu entscheiden, ob diese mit gebaut werden sollen oder optional die Fläche nur freigehalten werden soll.

Die Lade Zone wird nicht weiter geplant und entfällt in der nächsten Planungsphase.

Der Gehweg in Richtung Putlitz wird nordseitig bis zum Ende der Bebauung weiter geplant.

Absatz 3

Gemäß § 15/1 BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Beeinträchtigungen sind vermeidbar, wenn zumutbare Alternativen, den mit dem Eingriff verfolgten Zweck am gleichen Ort ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu erreichen sind. Mit der Achsverschiebung wurde dem Folge geleistet. Dies entspricht auch der Forderung der UNB des Landkreises beim Abstimmungstermin.

Absatz 4

Die L10 im besagten Abschnitt weist keine Symmetrie auf. Das belegt schon der Fakt einer einseitigen Baumreihe. Die genannten Belastungen der Anwohner und

Unterhaltungsmaßnahmen rechtfertigen keine Baumfällungen durch die Straßenbaumaßnahme. Wenn Sie eine Fällung der Bäume wünschen, sollten Sie sich diesbezüglich mit der unteren Naturschutzbehörde in Verbindung setzen und eine Fällgenehmigung erwirken. Die Bäume sind dann durch die Gemeinde vor der Baumaßnahme zu fällen. Die Kostenregelung erfolgt dann separat.

Absatz 5

Die Inseln vor der Tankstelle entfallen bei der weiteren Planung. Somit sollten die Fahrbeziehungen an der Tankstelle wie gewohnt aufrechterhalten bleiben.

Die Anlage zweier Mittelinseln jeweils vor und nach der Buswendestelle wurde zu Beginn der Vorplanung untersucht. Aufgrund der vorhandenen Grundstückszufahrten wurde diese Variante jedoch verworfen und nicht weiter betrachtet.

Alternativ könnte noch die Anlage der Bushaltestelle mit einer Mittelinsel untersucht werden. Dazu muss dann aber die Buswendestelle entfallen. Der Bus würde dann nur noch auf der Fahrbahn halten.

Fußgängerüberwege sind aufgrund der geringen Frequentierung (motorisiertem aus auch nicht motorisiertem Verkehr) ausgeschlossen.

Absatz 6

Diesem Wunsch kann entsprochen werden. Allerdings ist dabei zu Bedenken, dass der Benutzer, welcher zum letzten Grundstück rechtsseitig möchte, unter Umständen zweimal die Straße queren muss oder auf der Straße läuft. Dies ist dann der Fall, wenn der Fußgänger den rechtseitigen Gehweg Orts auswärts benutzt.

Absatz 7

Grundsätzlich ist die Gemeinde abwasserbeseitigungspflichtig und kann somit auch verfügen, wer unter Beachtung des Wasserhaushaltsgesetzes in den neuen Regenwasserkanal einleitet. Nach geltendem OD Recht ist das dann kein reiner Betriebskanal mehr, sondern ein öffentlicher Kanal. Demzufolge ist die Gemeinde Baulastträger und muss diesen Kanal bezahlen und unterhalten. Die Straßenbauverwaltung beteiligt sich in Form einer Pauschale an den Baukosten. Die Höhe der Pauschale regelt die Ortsdurchfahrtsrichtlinien. Sollte die Gemeinde das Anschließen privater Grundstücke in Erwägung ziehen, sind diese schnellstmöglich zu nennen und Angaben zur Flächengröße, Befestigungsart und ggf. Einleitmenge zu machen. Erste Vorababstimmungen mit dem Wasser- und Bodenverband sowie der unteren Wasserbehörde erfolgten bereits.

Absatz 8

Dieser Absatz lässt offen, welche Varianten die Gemeindevertretung noch abstimmen muss. Fakt ist jedoch, bevor die Entwurfsplanung beginnen kann müssen alle offenen Punkte geklärt sein.

Absatz 9

In der Variantenuntersuchung erfolgte noch keine Planung der Straßenabläufe. Das erfolgt im Rahmen der Entwurfsplanung. Dann wird auch die Entwässerung der Mühlenstraße mit berücksichtigt. Möglich wäre auch eine Linienentwässerung (Kastenrinne oder ähnliches) anstatt zusätzlicher Straßenabläufe. Auch hierzu sollte sich die Gemeinde positionieren.

Absatz 10

Im Rahmen der Grunderwerbsverhandlungen wird dieser Umstand mit berücksichtigt.

Absatz 11

Die Anlage eines so kurzen Radweges lässt sich nicht begründen. Die fußläufige Erreichbarkeit des Ortsteils Waldhof ist über die Mühlenstraße gegeben. Sollte die Gemeinde einen Gehweg entlang der Landesstraße zum OT Waldhof in Erwägung ziehen, so kann dieser im Zuge der Bauarbeiten mit berücksichtigt werden. Die baurechtlichen Voraussetzungen sind allerdings von der Gemeinde zu erwirken.

Absatz 12

Für die Anlage eines Radweges zum letzten Grundstück in Richtung Perleberg gelten die gleichen Grundsätze wie im Absatz zuvor.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

im Auftrag

Jörg Bubolz